Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 6 (1965)

Heft: 16

Artikel: Ungarns Priesterprozesse

Autor: Csimas, Michael

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1076982

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

men bestehen wird, die eine substantielle Hebung des Lebensstandards der Sowjetbevölkerung gewährleisten sollen. Das wird schon durch wirtschaftliche Ueberlegungen diktiert: Wenn Löhne, Gehälter und das Realeinkommen erhöht werden, so muss auch die Kaufkraft der Bevölkerung genügend ausbalanciert werden.

Die spezifischen Zahlen dieses Programms sind noch nicht bekannt. Immerhin ist ein grosses Wohnbauprogramm angekündigt worden, ebenso ein beträchtlich erhöhter Ausstoss an Wagen, Kühlschränken, weiteren Gebrauchsgütern und Textilien. Ein Teil des Schwerindustriepotentials wird auf die Produktion von Konsumgütern umgestellt werden.

Auch die Leicht- und Lebensmittelindustrie werden erheblich gestärkt werden. Damit ist es heute unvermeidlich geworden, dass das Programm zum Ausbau der chemischen Industrie — auf sieben Jahre vorgesehen — ebenfalls revidiert werden muss. Im Lichte der neuen Wirtschaftskonzeption hat sich das Volumen dieses Programms — 42 Milliarden Rubel — als unrealistisch erwiesen. Auf diese Tatsache hatten die Gosplan-Verantwortlichen bereits den früheren Ministerpräsidenten N. Chruschtschew aufmerksam gemacht. Immerhin hat die Sowjetregierung das Programm nicht einfach schubladisiert, sondern es auf auf gewinnbringende und realistischere Kanäle umgeleitet.

Die UdSSR sucht auch mehr Konsumgüter als zuvor im Ausland zu kaufen. Aber das Hauptanliegen des Inlandmarktes wird die Landwirtschaft sein. Die Regierung sieht die Entrichtung grosser Subsidien in bereits angekündigtem Ausmass vor. Wiederholen wir, dass die Verwirklichung von rund zwei Dutzend am Märzplenum beschlossenen Massnahmen (Erhöhung der staatlichen Ankaufspreise, Steuerermässigungen und Tilgung von Schulden) allein vier Milliarden Rubel benötigen werden.

Diese ursprünglich nicht vorgesehene Summe entspricht etwa vier Prozent der Budgetausgaben.

Das sind nur einige Beispiele. Aber sie unterstreichen die offensichtliche Tendenz der «Wirtschaftsmanöver»: dem Volke mehr Güter zur Verfügung zu stellen.

Ungarns Priesterprozesse

Politische Prozesse, in denen sorgfältig präparierte Angeklagte ihre «Verbrechen» zerknirscht gestanden und oft um strenge Bestrafung baten, gehörten immer zu den Waffen des Kommunismus, zur Ausschaltung der Opposition oder zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung. Nach dem 20. Parteitag der KPdSU hat man diese Prozesse mit Acht und Bann belegt. Um so erstaunlicher ist die neue Entwicklung in Ungarn, wo die Behörden christliche Intellektuelle und Priester in systematischen geheimen Verfahren zum Schweigen bringen wollen.

Zoltan Kodaly erbat sich an seinem 80. Geburtstag von der «Revolutionären Arbeiter- und Bauern-Regierung» seines Landes eine einzige Gefälligkeit, die Freilassung seines Freundes, des Priesters und Kirchenkomponisten Alajos Werner. Parteichef und Ministerpräsident Janos Kadar erfüllte prompt den Wunsch des weltberühmten Künstlers.

Befehl zum Eingreifen

Kaum 20 Monate später stand Werner und mit ihm die Elite der ungarischen Geistlichkeit unter der schweren Anklage des Staatsverbrechens «Verschwörung zum Sturze der Volksrepublik» vor Dr. Istvan Bimbo, dem Senatspräsidenten des Budapester Obergerichts. Die Verurteilung der insgesamt 13 Priester erfolgte in zwei streng geheimgehaltenen Prozessen:

● **Ende April wurden sieben Mitglieder der ehemaligen Priestervereinigung «Regnum Marianum» verurteilt: Laszlo Emödy erhielt eine Gefängnisstrafe von neun Jahren, Istvan Keglevich eine solche von fünf Jahren, Istvan Thyri und Jozsef Hagyo wurden zu je vier Jahren verurteilt, Laszlo Rozsavölgyi zu dreieinhalb Jahren und Sandor Somogyi sowie Alajos Werner zu je zweieinhalb Jahren.**

● **Anfang Juni stellte man sechs Jesuitenpatres vor Gericht: em. Univ. Prof. Imre Mozsy, Philosophieprofessor Jozsef Dombi sowie die Patres Imre Morlin, Peter Cserepes, Sandor Takats und Elemer Rozsa. Pater Rozsa wurde zu acht Jahren Gefängnis verurteilt, während die Strafen seiner Mitangeklagten nicht bekanntgegeben wurden.**

Die Aktion begann bereits in der Nacht vom 7./8. Dezember des vergangenen Jahres. Nach dem Bericht des internen Organs des ungarischen Innenministeriums «Magyar Rendör» (Ungarischer Polizist) hat man in dieser Nacht die Wohnungen von nahezu 100 Budapester Priestern nach Geheimmaterialien durchstöbert. Das erwartete Geheimmaterial kam dabei nicht zum Vorschein, die Untersuchungsorgane konnten lediglich westliche religiöse Schriften als Beute sicherstellen. Laut «Magyar Rendör» handelte es sich unter anderem um folgende Schriften:

— Pereira: «Wer sagt uns die Wahrheit?»
— Auffray: «In mir lebt Christus!»
— Anne-Marie: «Aufrichtiges Gespräch mit Mädchen.»
— Häring: «Ehe — Religion — Kinder.»

Die Staatsanwaltschaft liess darauf 13 Priester verhaften. Sie alle gehörten zu den insgesamt 700 Priestern, die im Laufe der letzten sieben Jahre aus der Seelsorge ausgeschlossen worden waren und heute als Hilfsarbeiter in den Fabriken oder in den Kolchosen tätig sind. Sie wurden beschuldigt, mit Studenten, Jungarbeitern und Schülern regelmässig Gespräche über die Religion geführt zu haben. Sie haben — laut Anklage — auf ihren Arbeitsplätzen «religiöse Agitation» entfaltet, obwohl ihnen die Ausübung des geistlichen Berufes verboten war, und sich dadurch der «Verschwörung» schuldig gemacht. Das Organ des Innenministeriums war eher anderer Meinung: «Die Themen und der Ton der Diskussionsabende waren niemals gegen das

herrschende System gerichtet.» Ihre feindliche Aktivität, schreibt die Zeitschrift «Magyar Rendör», sei nicht unmittelbar darauf ausgerichtet gewesen, die staatliche Ordnung mit Gewalt zu stürzen, «sie zielte vielmehr auf die ideologische Zersetzung der Jugend ab».

Zurückhaltende Staatsanwaltschaft

Die Zeitschrift des Innenministeriums verblüffte die Staatsanwaltschaft direkt vor Beginn des Prozesses noch mit einer weiteren Feststellung: die Priester konnten auf Grund des beschlagnahmten Materials nicht eines Staatsverbrechens beschuldigt oder vor Gericht gestellt werden.

Nun unternahm die Staatsanwaltschaft einen neuen Versuch, um die Lücken des Belastungsmaterials zu füllen. Sie liess die Jugendlichen verhören, die mit den Seelsorgern in Verbindung waren. Aber freundliche Worte und offensichtliche Drohungen waren umsonst. Die Jugendlichen konnten nicht zu belastenden Aussagen bewegt werden.

Trotz der ablehnenden Haltung des Innenministeriums und trotz des unzulänglichen Beweismaterials fanden im April und Juni vor dem Budapester Obergericht die streng geheimgehaltenen Prozesse statt. Ausschliesslich die geladenen Zeugen durften den Saal betreten, und die Budapester Presse, die neuerdings eine weite und breite Kriminalrubrik führt, veröffentlichte kein einziges Wort. Senatspräsident Bimbo — als Schauprozessregisseur in Budapest reichlich bekannt — brach sogar die Zeugeneinvernahmen bald ab. Sie böten keine Anhaltspunkte zur Anklage wegen «staatsfeindlicher Verschwörung».

Auf den Einwand des staatlich delegierten Advokaten, die Priester hätten nur ihre Standespflicht erfüllt, reagierte Bimbo heftig: «Wir leben in einer Gesellschaft, deren Grundlage die materialistische Weltanschauung ist. In dieser Gesellschaft kann jene Tätigkeit politisch gefährlich werden, welche die Jugend idealistisch beeinflussen will.»
Die zwei prominentesten Angeklagten der Prozesse waren der Jesuit Imre Mocsy, ehemals Professor an der römischen Universität «Gregoriana», und Alajos Werner, der namhafteste ungarische Kirchenkomponist der Gegenwart.

Prof. Mocsy sollte eigentlich als Zentralfigur der Verschwörungen entlarvt werden. Er ist bereits vorbestraft. Nach seiner im Jahre 1948 aus Rom erfolgten Rückkehr wurde er als «Agent des Vatikans» interniert. 1953 wurde er durch Amnestie freigelassen und durfte als Reinmacher am Budapester Ostbahnhof seinen Lebensunterhalt verdienen. Im November des vergangenen Jahres wurde er als Arbeiter in einem Eisenbahnbetrieb aufgenommen, wo er bis zu seiner Festnahme im Dezember arbeitete. Die Polizei liess von Putzfrau bis Direktor alle seine Mitarbeiter verhören, um die «staatsfeindliche» Haltung Moscys nachweisen zu können. Hier hat sie jedoch eine böse Ueberraschung erlebt. Eisenbahner Mocsy wurde sogar von den Kommunisten des Betriebes gelobt.

Richter Bimbo hat Alajos Werner seine Kontakte zum Westen vorgeworfen. Der Komponist durfte in der Tat vor einigen Jahren nach Frankreich reisen, um zeitgenössische Kirchenmusik zu studieren. Er lernte zahlreiche französische Kollegen kennen und stand mit ihnen in regem brieflichen Kontakt. Nach seiner Rückkehr liess man ihn verhaften, aber durch die Intervention Kodalys wurde er wieder freigelassen und konnte in der kleinen Stadt Celldömölk eine Stelle als Organist annehmen. Seine Freiheit war jedoch kurzfristig. Vor sieben Monaten liess man den schwerkranken Priester verhaften. Nun hat er kaum mehr eine Chance, die Strafe von 30 Monaten Zuchthaus zu überleben.

Das ungarische Parteiorgan «Nepszabadsag» veröffentlichte am 10. Juli dieses Jahres ein wortkarges Communiqué, das lediglich die im Westen längst bekannte Verurteilung von Priestern bestätigt. In der Erklärung wird nur von der Verurteilung von «Laszlo Emödy und Komplicen» sowie «Elemer Rozsa und Komplicen» gesprochen.

Keine Einzelfälle

Diese systematische Einschüchterung von Priestern und Intellektuellen mit Polizei und Geheimprozessen hat bereits im vergangenen Jahr einige Exempel statuiert:

● **Im Herbst 1964 wurden der Studentenseelsorger Jozsef Szabo und der Universitätsprofessor Tamas Gerey zu fünf, bzw. drei Jahren Zuchthaus verurteilt, weil sie versucht hatten, Studenten für religiöse Vorträge zu gewinnen. Szabo sprach seine Bibelerläuterungen auf Tonband und gab diese Aufnahmen an Studenten weiter. Professor Gerey nahm auch an dieser Aktion teil. In dieser Art von Glaubensverbreitung erblickten die Untersuchungsorgane ein Staatsverbrechen und liessen beide in Geheimverfahren aburteilen.**

● **Die Seelsorger György Elm und Ferenc Galambos besuchten im vergangenen Jahr ihre Familienangehörigen in Deutschand. Der ehemalige Dachauer KZ-Häftling Elm traf dabei seinen damaligen Schicksalsgenossen, den gegenwärtigen Münchner Weihbischof Neuhäusler. Nach ihrer Rückkehr wurden beide Priester verhaftet und auf Grund des Gummiparagraphen über Staatsverbrechen zu je vier Jahren Kerker verurteilt.**

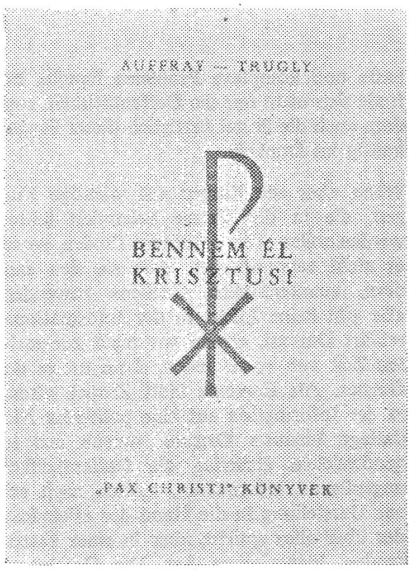
● **Im Dezember 1964 liess man eine Gruppe von ehemaligen christlich-demokratischen Abgeordneten und Politikern aburteilen. Kaum war in den beiden Prozessen das Urteil gefällt, ging die Verhaftungswelle weiter.**

● **Im Juni dieses Jahres wurde der bekannte Zisterzienser-Prediger Pius Halasz inhaftiert und am**

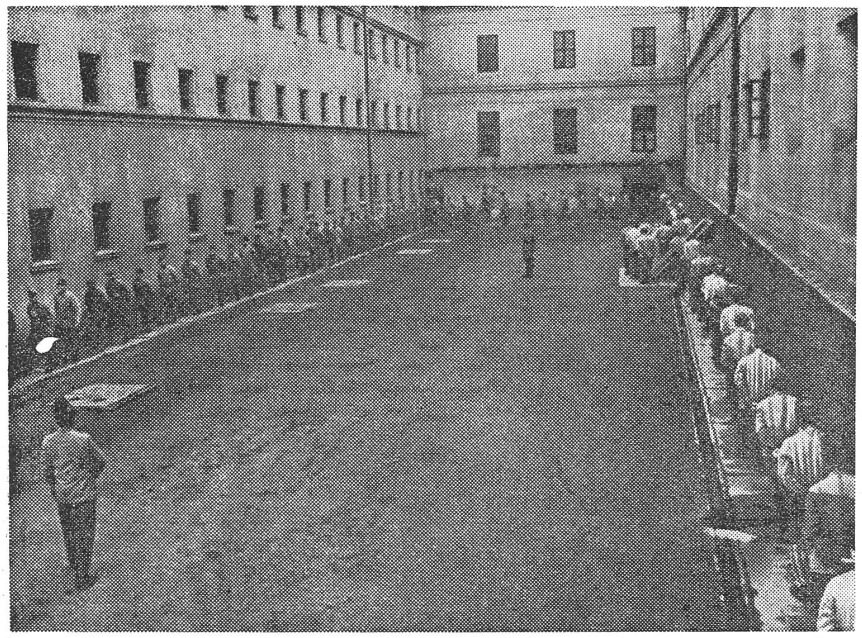
● **26. Juli gab man die Verhaftung von weiteren drei Priestern bekannt. Den Priestern hat man in der stereotypen Anklage vorgeworfen, gegen das kommunistische Regime agitiert und illegale Kontakte mit dem Westen unterhalten zu haben.**

All diese Tatsachen sprechen dafür, dass sich die Erleichterungen, die in Ungarn im allgemeinen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bereich eintraten, auf die Kirchenpolitik kaum auswirken. Auf religiöser Ebene fehlt es an Anzeichen und Beweisen für eine echte Entspannung oder Liberalisierung. Auch das am 15. September 1964 zwischen dem Vatikan und der ungarischen Regierung geschlossene Abkommen führte nicht zu einer Verminderung der ungerechtfertigten Repressalien, wie die seither erfolgten Verhaftungen zeigen.

(Fortsetzung Seite 10)



Aus der beschlagnahmten «staatsfeindlichen Propaganda». Links eine Glaubenslehre «In mir lebt Christus», rechts eine Schrift zur Sexualaufklärung.



Gefängnishof in Ungarn.

Die Reaktion des Vatikans auf die Verhaftung der Geistlichen war den Umständen entsprechend scharf. In einem Artikel des «Osservatore Romano» wurde ausgeführt, dies bedeute, dass die Denk- und Glaubensfreiheit sowie das Recht des Menschen, als ein Glied der Gesellschaft sein eigenes Leben zu leben, in Ungarn nicht mehr gewährleistet sei. Durch diese Ereignisse werde wiederum das Problem der Menschenrechte aufgeworfen, die trotz feierlichen Erklärungen in offenkundiger und schwerwiegender Weise missachtet und verletzt würden. Auch Lehrer, Professoren und einfache Bürger, die mit der vorherrschenden Ideologie nicht einverstanden seien, könnten vor Gericht gestellt werden.

Michael Csimas

Mehr Informationen in Ungarn

In Ungarn hat das Politbüro der Partei eine Resolution zur radikalen Verbesserung der Informationsverbreitung sowohl zuhanden der Partei als auch der Oeffentlichkeit angenommen. Die Entschliessung wurde in der Juli-Nummer der KP-Monatszeitschrift «Partelet» durch Istvan Darvasi, Stellvertretender Vorsitzender des Agitprop-Departements im Zentralkomitee, bekanntgegeben.

Die Entschliessung stellt fest, dass die Verbesserung der Informationsübermittlung «ein politisches Problem ersten Ranges» darstellt. Offene, ehrliche und vollständige Information sei eine «unerlässliche» Aufgabe der Demokratie. Die einzigen statthaften Ausnahmen bezögen sich auf Staats- und Militärgeheimnisse.

Schon die Tatsache, dass das Politbüro eine Resolution dieser Art für nötig erachtet hat, ist bemerkenswert. Darvasi geht in seinen Erläuterungen davon aus, dass man zwar seit der Epoche vor 1956 auf diesem Gebiet Fortschritte erzielt habe, dass aber der Stand der Dinge den Anforderungen der heutigen Situation bei weitem nicht entspreche.

Darvasi erläutert das anhand von Beispielen, wie Aufbau des Sozialismus, die internationale Situation und die Debatten innerhalb der internationalen kommunistischen Bewegung. Obwohl es sich hier um ernsthafte und komplexe Probleme handle, befinde sich nicht nur die Oeffentlichkeit, sondern auch die Partei bezüglich dieser Fragen häufig im Dunkeln.

Wenn aber die Bürger auf wichtige Fragen, die in der Presse behandelt hätten werden sollen, keine Antwort fänden, so sei es nicht verwunderlich, dass sie sich «andern, unautentischen Quellen» zuwenden. «Es gibt keine Lücke in der Information»; erklärt Darvasi, «wenn wir nicht zur rechten Zeit von etwas reden, dann tut es der Gegner. Als Ergebnis läuft Zurückhaltung in der Information auf eine politische Niederlage hinaus.» Organe, welche aus irgendwelchen Gründen die Oeffentlichkeit ungenügend informieren, spielen nach seiner Darstellung in die Hand des «Feindes», der über alles spricht, aber in einer verzerrenden, lügnerischen Art. Die Gefahr sei heute um so grösser, als die staatsfeindliche Propaganda der Imperialisten neue, täuschendere Methoden anwende. Auf Grund der Einsicht, dass die innere Ordnung der sozialistischen Staaten konsolidiert sei, gebe sich diese Propaganda den Anstrich der Objektivität. Insbesondere wirkten die ungarischen Sendungen «feindlicher Radiostationen» nicht einfach als Sprachrohr der imperialistischen Politik, sondern wie eine Stimme der legalen Opposition innerhalb des sozialistischen Systems.

Zur Verbesserung der gegenwärtigen Lage verlangt Darvasi volle Information der Oeffentlichkeit und eine unverhüllte Darstellung der Tatsachen. Die Presse dürfe nicht davor zurückschrecken, «ungüstige» Fakten zu berichten oder abweichende Ansichten bekanntzugeben, solange dies unter Beifügung der notwendigen Erläuterungen geschehe. Vor allem sollten wichtige politische und wirtschaftliche Beschlüsse nicht versteckt gehalten werden, sondern müssten sofort, mit den angebrachten Kommentaren versehen, der Oeffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Insbesondere betreffe das die personellen Wechsel in höheren Parteikreisen.

Noch bleibt zu sehen, wie die Resolution des Politbüros verwirklicht werden wird. Aber schon so verdient sie, als überaus aufschlussreiches Dokument gewertet zu werden. Insbesondere zeigen sowohl die Entschliessung selbst als auch Darvasis Kommentar sehr deutlich, dass die ungarische Oeffentlichkeit nach wie vor Informationen bei ausländischen Sendern wie Radio Free Europe sucht, und dass das Regime diese Tatsache realisiert. Gerade über diesen Punkt herrscht zuweilen auch im Westen eine gewisse Unsicherheit, da man oft meint, das Publikum sei völlig apolitisch geworden und interessiere sich bei in- und ausländischen Sendungen für nichts als Musik und Unterhaltung. Diese Meinung wird durch das ungarische Zentralkomitee in aller wünschbaren Deutlichkeit dementiert. Offensichtlich drehen die Ungarn immer noch westliche Sender an, vor allem dann, wenn wichtige Ereignisse aus den kommunistischen Staaten vorliegen, über welche die Landespresse nicht oder nur in Form nichtssagender Communiqués berichtet. So erfüllen diese Sender die Funktion, die betreffenden Länder zu einer besseren Informationspolitik zu zwingen, was sehr viel mehr ist als blosse «Westpropaganda».

Im übrigen ist es natürlich recht weitgehend geheuchelt, wenn Darvasi die mangelnde Information der ungarischen Presse als solche vorwirft. Die Zurückhaltung ist schliesslich nur ein Ergebnis der Vorschriften und der Zensur, denn von sich aus tendieren die Zeitungen natürlich nicht darauf, die interessanten Meldungen wegzuwerfen (sofern sie ihnen überhaupt vorliegen).

Endlich ist es immer vermerkenswert, wenn ein Regimesprecher die Forderung nach offener, ehrlicher und vollständiger Information erhebt. Wenn das gefordert werden muss, bitte, was ist die ungarische Information denn jetzt, wohlverstanden nicht nach unserer Ansicht, sondern nach Ansicht des ungarischen Zentralkomitees? ■